

=====

CHEMIKALIEN - BISPHENOL A

BUDNESTAG: 27.04.2007

Grenzwerterhöhung für den Weichmacher Bisphenol A im Visier

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MIK) Wie die Bundesregierung zur Grenzwerterhöhung für den Weichmacher Bisphenol A in Plastikprodukten und Babyflaschen steht, will die Linksfraktion in einer Kleinen Anfrage (16/5073 <http://dip.bundestag.de/btd/16/050/1605073.pdf>) wissen. Bisphenol A ist danach eine chemische Substanz, die besonders von Herstellern von Polycarbonat und Epoxidharzen verwendet wird. Als sehr weit verbreitet und zu den wichtigsten Industriechemikalien gehörend, werde Polycarbonat in vielen verbrauchernahen Plastikprodukten wie Babyflaschen, Mikrowellengeschirr, Aufbewahrungsbehältern oder Mehrweg- und Milchflaschen verwendet. Deshalb soll die Bundesregierung unter anderem mitteilen, ob Bisphenol A eine schädigende Wirkung auf Babys, Kleinkinder und Ungeborene hat und ob es epidemiologische Erkenntnisse über die Wirkung von Bisphenol A gebe. Darüber hinaus soll sie unter anderem darüber informieren, ob sie eine Grenzwerterhöhung auf Grund eines neuen Grenzwertvorschlages unterstützt.
http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_113/02.html

=====

CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

Anmerkung Scherrmann:

Es ist interessant zu beobachten, wie das Thema Feinstaub in den Medien schlagartig fast nicht mehr auftaucht.

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

Von Hiltrud Breyer MdEP

Pestizide: besonderer Schutz für Risikogruppen gefordert

Im Rahmen des 6. Umweltaktionsprogramms hat die EU-Kommission ein Pestizid-Paket vorgelegt, das im Sommer zur Abstimmung im EP-Umweltausschuss steht. Es besteht aus einer Thematischen Strategie, einer Richtlinie zur Nachhaltigen Nutzung von Pestiziden inklusive des Verbots des Sprühens aus der Luft sowie einem Verordnungsvorschlag zur Zulassung von Pestizid-Wirkstoffen und Produkten. Im jetzigen Vorschlag gibt es nur einen unzureichenden Schutz besonders gefährdeter Gruppen wie schwangerer und stillender Frauen und Kinder. Die besondere Sensibilität und größere Verletzbarkeit von Kindern für Pestizide wird nicht beachtet. So hat Greenpeace ermittelt, dass allein der Verzehr von 4 Pestizid-belasteten Weintrauben eine akute Gesundheitsgefahr für Kinder ist. Es gibt fast 100 Pestizide, die nachweislich das Nervensystem und die Gehirnentwicklung von Kindern schädigen. Der Umweltprofessor Philip Grandjean spricht von einer stillen Pandemie. Bei einem Seminar im EP wurde unterstrichen, dass gesundheitsgefährdende Pestizide nicht in unser Essen und die Umwelt gehören. Sie müssen verboten werden. Als Berichterstatterin für den EP-Umweltausschuss mache ich mich für den bestmöglichen Schutz der Menschen und der Umwelt stark.

Weitere Informationen: <http://www.env-health.org/a/2468> UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen
www.hiltrud-breyer.de

Vom Industrieverband Agrar e.V. 08.05.07

Pflanzenschutz-Novelle gefährdet die Forschung

Frankfurt/Main (ots) - Von der Novelle der europäischen Pflanzenschutzrichtlinie befürchten die forschenden Unternehmen erhebliche Nachteile. Sie soll den Schutz für Umwelt und Verbraucher verbessern, droht aber den Fortschritt abzuwürgen. "Verbesserungen im Pflanzenschutz werden nicht von Parlamenten und Behörden generiert, sondern von der Wirtschaft", erklärte dazu Volker Koch-Achelpöhler, Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands Agrar e. V. (IVA). "Wenn sich aber Investitionen in Forschung und Entwicklung für die Unternehmen nicht mehr bezahlt machen, finden sie nicht mehr statt und Fortschritte bleiben aus."

Der Kommissionsentwurf für die Pflanzenschutz-Novelle beschäftigt derzeit den Ministerrat und das Europäische Parlament. Berichterstatterin dort ist die Grünen-Abgeordnete Hiltrud Breyer.

"Als Hersteller von Pflanzenschutzmitteln begrüßen wir ausdrücklich, dass Frau Breyer unsere langjährige Forderung unterstützt, dass importierte Pflanzenschutzmittel so gründlich geprüft sein müssen wie die Originalprodukte, die nach dem strengen EU-Recht zugelassen sind", betonte Koch-Achelpöhler.

Darüber hinaus gebe es allerdings wenig Positives zu den Beratungen zu berichten. Wichtige Elemente der Pflanzenschutz-Novelle könnten das Angebot an Pflanzenschutzmitteln drastisch einschränken. "Die geplanten Überregulierungen könnten die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft empfindlich stören", so der Verbandschef.

Die Kommission schlägt beispielsweise vor, Chemikalien, die als konzentrierte Substanz Gefahren bergen, nicht mehr als Pflanzenschutz-Wirkstoff zuzulassen. Sie berücksichtigt nicht, dass Pflanzenschutzmittel hoch verdünnt ausgebracht werden und die Anwendung streng geregelt ist. Das praktische Risiko ist damit absolut handhabbar.

"Nach ersten Schätzungen der Industrie könnten bis zu 30 Prozent der Wirkstoffe verloren gehen, wenn solche Ausschlusskriterien eingeführt werden. Wichtige Produkte, die zurzeit sicher eingesetzt wurden, würden damit entfallen", kritisierte Koch-Achelpöhler. Der Agrar- und Binnenmarktausschuss im Parlament und der Ministerrat haben die Brisanz dieser Regelung erkannt. Vergleichbar wäre, elektrischen Strom zu verbieten, der ja durchaus gefährlich werden kann. In der Realität aber sind die Kabel so verlegt und die Schalter so gebaut, dass die Gefahr handhabbar geworden ist und praktisch kein Risiko mehr besteht.

Die Kommission will außerdem die vergleichende Bewertung von Pflanzenschutzmitteln einführen. Substanzen, denen unerwünschte Eigenschaften zugeschrieben werden, sollen vom Markt genommen werden, sobald als besser bewertete verfügbar sind. Frau Breyer möchte diese Regelung sogar auf alle Pflanzenschutzmittel angewandt sehen.

"Jedes Mittel besitzt erwünschte und weniger erwünschte Eigenschaften. Käme diese Regelung, wäre willkürlichen und sachfremden Entscheidungen Tür und Tor geöffnet", kritisierte Koch-Achelpöhler.

"Es kostet 200 Millionen Euro, ein Pflanzenschutzmittel zu entwickeln. Eine solche Investition findet nur statt, wenn die Hersteller Planungssicherheit haben."

Schließlich will Frau Breyer den Datenschutz noch weiter abbauen als die Kommission. Die Ergebnisse kostspieliger Studien der forschenden Firmen könnte dann jeder Wettbewerber kostenlos nutzen und diese Unternehmen dadurch unterbieten.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 46 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

Originaltext: Industrieverband Agrar e.V.
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=16070>
E-Mail: schmid.iva@vci.de www.iva.de

Anmerkung Scherrmann.

Ich habe diese Pressemitteilung aufgenommen, weil hier klar ersichtlich ist, wie die Industrie argumentiert. Wenn wir an der Situation etwas ändern wollen, also z. B. weniger Pestizide im Essen haben wollen, müssen wir uns mit der Argumentationsweise der Industrie auseinandersetzen. Ziemlich krass finde ich den Vergleich mit dem elektrischen Strom.

Apropos Pestizide: Da es so trocken war, lösten sich Pflanzenschutzmittel erst bei dem ersten Regen auf und drangen nicht nur in den Boden ein, sondern dampften auch in die Luft. Kranke berichteten mir, dass sie mit dem Einsetzen des Regens nach der langen Trockenheit erhebliche zusätzliche gesundheitliche Beschwerden in der Nähe von "behandelten" Feldern bekamen.

27.04.2007

Im Bundestag notiert: **Grenzwertveränderungen bei Pestiziden**

Ernährung und Landwirtschaft/Antwort

Berlin: (hib/MIK) Es entspricht nicht den Tatsachen, dass im Zeitraum vom 2004 bis 2006 von insgesamt 404 Grenzwertveränderungen bei Pestiziden 293 Grenzwerterhöhungen durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vorgenommen wurden. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/5055) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/4678 <http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604678.pdf>). Vielmehr seien in diesen Jahren neun Verordnungen zur Änderung der Rückstands-Höchstmengeverordnung durch die Bundesregierung erlassen worden, in denen Rückstands-Höchstmengen für pflanzliche Lebensmittel aus entsprechenden EG-Richtlinien der Jahre 2002 bis 2006 in nationales Recht umgesetzt worden seien. Die Bundesregierung wird auch während der EU-Ratspräsidentschaft die Europäische Kommission bei dem Prozess der Harmonisierung unterstützen, heißt es weiter. http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_080/09.html

=====

CHEMIAKLIEN - TABAK

10.05. 2007

Experten fordern weitergehenden Schutz vor dem Passivrauchen

Gesundheitsausschuss (Anhörung)

Berlin: (hib/HAU) Experten unterstützen die Absicht der Bundesregierung, einen gesetzlichen Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens zu schaffen. Das wurde während einer öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss am späten Mittwochnachmittag deutlich. Der dazu vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung (16/5049 <http://dip.bundestag.de/btd/16/050/1605049.pdf>) wurde jedoch überwiegend als "nicht weitgehend genug" bewertet. Insbesondere die Möglichkeit der Schaffung von Raucherzimmern in Unternehmen und der Gastronomie sowie die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten gegen Hausrechtsinhaber wurden kritisiert. Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers Matthias Rossi von der Humboldt Universität Berlin hat der Bund mit dem Gesetz seine Kompetenzen ausgeschöpft. Mit der Föderalismusreform habe er die Regelungen zum Gaststättenrecht in die Hand der Länder gelegt. Daher sei er nicht mehr in der Lage, bundeseinheitliche Nichtraucherchutzregelungen in diesem Bereich zu treffen. Die Länder ergänzten die Bundesregelungen seiner Meinung nach aber sehr gut, sodass ein ausreichender Nichtraucherchutz gewährleistet sei. Im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes, so erklärte hingegen Professor Helmut Siekmann von der Universität Frankfurt am Main, hätte der Bund ein unbedingtes Rauchverbot auch in der Gastronomie durchsetzen können. Dies wäre auch verhältnismäßig, da es nicht einzusehen sei, warum die Gesundheit eines Bankangestellten schützenswerter sei, als die eines Arbeitnehmers in der Gastronomie. Für ein konsequentes Rauchverbot ohne jede Ausnahmeregelung, auch in gastronomischen Einrichtungen, sprachen sich neben dem "Forum Rauchfrei" auch die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen sowie das "Deutsche Krebsforschungszentrum" aus. Dort kritisierte man vor allem die Möglichkeit, Raucherräumen zu schaffen. Die Idee des Schutzes vor dem Passivrauchen werde so konterkariert. Die Deutsche Lungengestiftung verwies auf die positiven Folgen eines seit 2004 geltenden Gastronomie-Rauchverbotes in Irland. Nach einem Jahr habe sich der Gesundheitszustand der Angestellten in den dortigen Pubs erheblich verbessert. Gleiches sei aus Norwegen bekannt. In Schottland habe man sogar schon nach einem Monat positive Effekte festgestellt. Der Deutsche Beamtenbund sprach sich dafür aus, Raucherzimmer einzurichten. Damit werde der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt und gleichzeitig ein Interessenausgleich zwischen Rauchern und Nichtrauchern geschaffen. Der Bundesverband der Deutschen Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller unterstützt die

vorgesehene Anhebung des Abgabalters für Tabakwaren von 16 auf 18 Jahre im Rahmen der Änderung des Jugendschutzgesetzes. Man benötige jedoch eine ausreichende technisch und organisatorisch bedingte Übergangsfrist, die nicht unter den im Entwurf vorgegeben 22 Monaten liege. Die "Nichtraucherinitiative Deutschland" kritisierte die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten. Andere EU-Länder sähen nicht nur eine Bestrafung des Rauchers bei Verstößen gegen das Gesetz vor, sondern auch der Hausrechteinhaber, etwa der Gaststättenbetreiber. Es handle sich bei derartigen Verstößen nicht um Bagatelldelikte, sondern um Körperverletzung, so die Nichtraucherinitiative. In der jetzigen Fassung sei das Gesetz sinnlos. Benötigt würden Bußgeldandrohungen nicht unter 100 Euro für den Raucher und nicht unter 1000 Euro für den Hausrechteinhaber.
http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_125/04.html

27.04.

Bundestag debattierte erstmals über Nichtraucherschutzgesetz

Berlin - Der Bundestag hat am Freitag erstmals über das geplante Rauchverbot in Bundesbehörden, öffentlichen Verkehrsmitteln und Bahnhöfen debattiert. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wies in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Regierung auf die Gesundheitsgefahren durch das Passivrauchen hin. In Deutschland seien rund 3.300 Todesfälle jährlich auf Passivrauchen zurückzuführen: „Es ist deshalb höchste Zeit zum Handeln.“ Schmidt appellierte zugleich an die Bundesländer, nun [mehr] <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=22125>

20.04.2007

Umfassendes Rauchverbot in Wales in Kraft getreten

London - In Wales ist heute ein umfassendes Rauchverbot in Kraft getreten. Nach Schottland sind damit in einer weiteren Region des Vereinigten Königreichs Zigaretten aus öffentlichen Räumen verbannt. <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=21851>

=====

CHEMIEWAFFEN

Vernichtung aller Chemiewaffen ist nicht erreicht

Fast genau 82 Jahre nach dem ersten Giftgaseinsatz im Ersten Weltkrieg trat am 29. April 1997 die Chemiewaffenkonvention in Kraft. Es ist seit nunmehr zehn Jahren das einzige Übereinkommen zur Abschaffung von Massenvernichtungswaffen.

http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=447787,5090,/magazin/abc_waffen

=====

CHEMIKALIEN - WASCHMITTEL

Vom BMU:

Berlin, 04.05.2007

Mehr Schutz für Verbraucher

Neues Wasch- und Reinigungsmittelgesetz tritt in Kraft

Am (morgigen) 5. Mai tritt das neue Wasch- und Reinigungsmittelgesetz in Kraft. Damit wird der Gesundheitsschutz der Verbraucherinnen und Verbraucher beim täglichen Umgang mit Wasch- und Reinigungsmitteln verbessert.

Nach dem neuen Gesetz, das die EU-Detergenzienverordnung Nr. 648/2004 ergänzt, haben die Hersteller von Wasch- und Reinigungsmitteln zukünftig dem Bundesinstitut für Risikobewertung ein Datenblatt mit Angaben über sämtliche Inhaltsstoffe zur Verfügung zu stellen. Die Giftdatenzentren der Länder wiederum erhalten flächendeckend entsprechend aufbereitete Informationen. Damit können sie behandelnde Ärzte in Vergiftungsnotfällen beraten und so wichtige, unter Umständen lebensrettende Hilfestellung leisten. Darüber hinaus haben die für die Überwachung zuständigen Landesbehörden nun die Möglichkeit, Verstöße gegen die EU-Verordnung und gegen das Wasch- und Reinigungsmittelgesetz unmittelbar mit Bußgeldern zu ahnden.

Mit dem heute im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Wasch- und Reinigungsmittelgesetz werden die bislang in Deutschland geltenden Vorschriften an das EU-Recht angepasst. Das neue Gesetz löst mit seinem Inkrafttreten gleichzeitig das derzeitige Wasch- und Reinigungsmittelgesetz aus dem Jahr 1987 ab.

Die EU-Detergenzienverordnung ist bereits im Oktober 2005 in Kraft getreten und seitdem unmittelbar geltendes Recht auch in Deutschland. Danach dürfen im Gegensatz zum bisherigen Recht praktisch nur noch Wasch- und Reinigungsmittel in den Verkehr gebracht werden, deren waschaktive Substanzen (Tenside) vollständig biologisch abbaubar sind. Die EU-Verordnung enthält darüber hinaus dem Verbraucherschutz dienende erweiterte Vorschriften für die Kennzeichnung von Inhaltsstoffen. Diese betreffen vor allem die auf den Verpackungen aufzubringenden Informationen zu den in Wasch- und Reinigungsmitteln oft eingesetzten, potenziell Allergie auslösenden Duftstoffen.

Weitere Informationen:

Pressemitteilung vom 09.03.2007: Neues Wasch- und Reinigungsmittelgesetz kann in Kraft treten http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/38839.php
Gesetz über die Umweltverträglichkeit von Wasch- und Reinigungsmitteln nebst zugehöriger Kostenverordnung <http://www.bmu.de/chemikalien/downloads/doc/35500.php>
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/wrmg_gesamt.pdf (39 Seiten)

siehe auch unter UBA

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Vom Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.

14.05.2007

Klage zur Mobilfunkbelastung in Deutschland beim Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)

<http://omega.twoday.net/stories/3718389/>

Wirkung der Mobilfunk-Nutzung auf die Samen-Analyse bei Männern in Behandlung in einer Unfruchtbarkeitsklinik

Studie von Argawal et al. zum Zusammenhang von Mobiltelefongebrauch und Spermienqualität in wissenschaftlichem Journal veröffentlicht

Die vorläufigen Ergebnisse der Studie hatten im Oktober des vergangenen Jahres ein reges Medieninteresse ausgelöst. Nun wurden sie in der Zeitschrift "Fertility and Sterility" wissenschaftlich publiziert.

Argawal et al., Effect of cell phone usage on semen analysis in men attending infertility clinic: an observational study, Fertil Steril.

2007 May 3; [Epub ahead of print]. [<http://omega.twoday.net/stories/3717501/>]

Hauptergebnis der Studie (lt. Autor)

Die Nutzung von Handys verringerte die Samen-Qualität bei Männern durch Verminderung der Spermien-Anzahl, der Spermienmotilität, der Lebensfähigkeit und des Prozentsatzes an Spermien mit normaler Morphologie. Die Verminderung der Spermien-Parameter war abhängig von der Dauer der täglichen Handy-Exposition. <http://www.emf-portal.de/viewer.php?l=g&aid=14701>

Krebshäufungen um britische Mobilfunkmasten

<http://omega.twoday.net/stories/3667861/>

Ärzte sollen sich nicht einmischen?

<http://omega.twoday.net/stories/3666405/>

Kompetenzinitiative lädt zur Pressekonferenz

<http://freepage.twoday.net/stories/3667854/>

BUND-Sachsen: "Vorsorge gegen Gefahren"

<http://omega.twoday.net/stories/3667867/>

Elektrosmog: Kritik an Wireless LAN in Städten

<http://omega.twoday.net/stories/3667874/>

Die Grenzwerte der 26. BImSchV gelten nur für Kurzeitexposition, sind also für Dauereinwirkung nicht anwendbar

<http://omega.twoday.net/stories/3646854/>

Menschendienliche Fortbildung und Mobilfunk

<http://omega.twoday.net/stories/3651874/>

Britische Schulen haben Angst vor Wi-Fi

<http://omega.twoday.net/stories/3645519/>

Messkampagnen, wissenschaftliche Hinweise, Nachweise und viel Diskussionen

<http://freepage.twoday.net/stories/3652017/>

Etablierte Erkenntnisse ignoriert

<http://freepage.twoday.net/stories/3651259/>

Mysterioeses Massensterben

Werden Bienen tot telefoniert? Gentechnik, Monokultur auf den Feldern, Klimawandel - für das massenhafte Sterben von Bienenvölkern in den USA und Europa wird alles Mögliche verantwortlich gemacht. Die neueste eher bizarre These lautet: Der Mobilfunk ist Schuld. Von Holger Dambeck mehr... [Video] <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,477445,00.html>

1. Pilotstudie: Bienen und Mobilfunk

http://agbi.uni-landau.de/material_download/elmagexp_bienen_05.pdf

und

http://agbi.uni-landau.de/material_download/elmagexp_bienen_06.pdf

*

16.04.2007

Neue Auswertung von Hardell et al. zur Langzeitnutzung von Mobiltelefonen und Hirntumoren: Erkrankungsrisiko erhöht

Ziel der neuen Auswertung war es, das Risiko für Langzeitnutzer von Mobiltelefonen, an einem Hirntumor zu erkranken, zu evaluieren. Eine Kohorten- sowie 13 Fall-Kontroll-Studien wurden zu diesem Thema ermittelt. Die Daten wurden im Hinblick auf den Gebrauch von Mobiltelefonen für mehr als zehn Jahre sowie ipsilaterale Exposition, soweit vorhanden, eingehend untersucht. Laut den Autoren ergeben "die Ergebnisse der aktuellen Studien zum Gebrauch von Mobiltelefonen für mehr als zehn Jahre ein konsistentes Muster für ein erhöhtes Risiko für Akustikusneurinome und Gliome, meistens ausgeprägt als hochgradige Gliome. Das Risiko ist am höchsten für ipsilaterale Exposition".

Bibliographische Daten: Hardell et al., Occup Environ Med. 2007 Apr 4; [Epub ahead of print], Abstract,

http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?db=pubmed&cmd=Retrieve&dopt=AbstractPlus&list_uids=17409179&query_hl=2&itool=pubmed_docsum <http://www.microwavenews.com/>

Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V. Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: BI Omega, Mitglied im Dachverband

Funkstille über Strahlenschäden

Wer als Journalist über Gesundheitsschäden durch Mobilfunk berichten will, erlebt merkwürdige Dinge. Von umgeschriebenen Artikeln, Sendetermin-Problemen und gekippten Enthüllungstexten. Warum wohl? http://www.initiative.cc/Artikel/2007_04_12_Funkstille.htm

06.05.07;

Getarnte Handy-Antennen: Es strahlt aus dem Holzkreuz

Leuchtreklamen, Fahnenstangen und sogar Holzkreuze: In der Zentralschweiz stehen immer mehr getarnte Handy-Antennen. Gegner sprechen von einem «fieses Spiel».
«Viele Antennen werden schon beim Bau eingepackt, damit es keine Klagen gibt», sagt Bruno Amrhein vom Komitee gegen Hochleistungsantennen in Kriens. Dort stehen gleich mehrere Exemplare: auf dem Schappe-Center und auf dem Gebäude der Pilatus-Bahnen. Sie sind entweder als Kamin oder als Fahnensockel getarnt. Für Amrhein erfüllen diese Verkleidungen nur einen Zweck: «Die Leute sollen nicht auf kritische Gedanken kommen.» Dem widersprechen die Betreiber: Antennen würden nicht versteckt, sondern nach Möglichkeit «in die bestehende Umgebung integriert», sagt etwa Orange-Sprecherin Therese Wenger.

Der Berner Antennengegner Hans-Ueli Jakob von der schweizerischen Organisation Gigahertz bezeichnet solche Tarnungen als «fieses Spiel». Ob sich hinter einer Verkleidung wirklich eine Antenne versteckt, kann man auf www.funksender.ch überprüfen. Dort ist jede Antenne der Schweiz verzeichnet. Für Jakob befindet sich das haarsträubendste Beispiel in der Zentralschweiz am Strassenrand bei Sihlbrugg: «Aus einem grossen Holzkreuz strahlt dort nicht etwa der heilige Geist, sondern eine Mobilfunkantenne.» Akt. 06.05.07; 21:37 Pub. 06.05.07;
<http://www.20min.ch/news/luzern/story/20215387>
<http://www.20min.ch/diashow/diashow.tmpl?showid=12141>

Anmerkung Scherrmann:

Oesterreich: <http://www.senderkataster.at/>

Deutschland: <http://emf.bundesnetzagentur.de/>

Wenn die Adresse <http://emf.bundesnetzagentur.de/> nicht downloadbar ist: Beim Internetexplorer ist ggf ueber Extras -->Popublocker -->Popublockereinstellungen --> die Website emf.bundesnetzagentur.de einzutragen.

Interessant ist, dass die Standorte auf der Website der Schweiz

<http://www.funksender.ch/webgis/bakom.php> viel genauer angegeben sind als in Deutschland und Oesterreich

siehe auch unter ZEITSCHRIFTEN

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

30. 04.2007

Rund ein Drittel aller Teenager leiden unter wiederkehrenden Kopfschmerzen

Essen – Kopfschmerzen sind nicht nur bei Erwachsenen, sondern bereits bei Teenagern an der Tagesordnung, mehr als ein Drittel aller Teenager leiden in Deutschland unter wiederkehrenden Kopfschmerzen. ... Ein Problem ist nach Angaben der Autoren die Behandlung der Jugendlichen: Einerseits möchten Ärzte eine unnötige Medikation vermeiden, doch „die Jugendlichen wollen kein Entspannungstraining“. Die Wissenschaftler empfehlen als Alternative einen sogenannten edukativen Ansatz: „Wenn Jugendliche verstehen, was ihren Kopfschmerz verursacht, können sie auslösende Mechanismen, wie beispielsweise Alkoholkonsum oder Schlafentzug, meiden“, so die Autoren.
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=22137>

Anmerkung Scherrmann:

Wann wohl wird auch ueberlegt, ob Emissionen (in Bausubstanz, Duftstoffe in Wasch-, Putzmittel, Kosmetika, ...) an den Kopfschmerzen beteiligt sind?

Einige meiner früheren SchuelerInnen verloren ihre Kopfschmerzen, als z. B. in ihrem Schlafzimmer ein Teppichboden entfernt wurde und/oder auf dufstofffreie Wasch- und Putzmittel und Kosmetika umgestellt wurde.

24.04.2007

Medikamentöse Behandlung - da reagieren Frauen und Männer manchmal ganz unterschiedlich

Ärzte, Apotheker, Industrie und Behörden sollten sensibler als bisher dafür sein, dass Männer und Frauen auf eine Pharmakotherapie unterschiedlich ansprechen. Das fordert die Pharmakologin Professor Petra Thürmann von der Uniklinik Wuppertal

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=447308,5083./politik/arsneimittelversorgung>

Anmerkung Scherrmann:

Es ist zu vermuten, dass Maenner und Frauen auch auf Chemikalien und andere Schadstoffe unterschiedlich reagieren.

Behandlungsfehler treffen Frauen öfter

Frauen haben ein höheres Risiko, durch einen Behandlungsfehler im Krankenhaus zu sterben. Insgesamt kommen in Deutschland jährlich zwischen 15 000 und 17 000 Patienten - also etwa einer von Tausend - durch klinische Behandlungsfehler zu Tode.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=447152,5082./geldundrecht/recht>

=====

KRANKHEITEN

Vom HVBG: 07.05.2007

Neurodermitis bei Kindern erfolgreich behandeln Bestseller-Autorin Hera Lind macht betroffenen Eltern Mut

Neurodermitis muss kein Dauerschicksal sein. Vor allem bei Kindern bessert sich die Hauterkrankung, wenn sie älter werden. Die richtige Pflege kann die Abheilung unterstützen. Darauf weisen Bestseller-Autorin Hera Lind und die Präventionskampagne Haut der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung zum Hauttag am 9. Mai hin.

Experten zufolge leiden mehr als drei Millionen Menschen in Deutschland unter Neurodermitis. Besonders häufig tritt die anlagebedingte Hauterkrankung bei Kindern auf: Bereits jedes zehnte Kind im Vorschulalter hat mit den schuppigen, juckenden Hautstellen zu kämpfen. "Etwa 80 Prozent der erkrankten Kinder haben es mit einer leichten Neurodermitis zu tun", erklärt Prof. Dr. Dietrich Abeck, niedergelassener Dermatologe aus München. "Wer in diesem Fall die vom Dermatologen empfohlene Hautpflege regelmäßig anwendet, kann die Krankheit erfolgreich besiegen."

Bestseller-Autorin Hera Lind kann das bestätigen: Ihr erster Sohn Florian erkrankte bereits als Säugling an der chronischen Hauterkrankung. Mittlerweile hat der 17-Jährige die Neurodermitis in den Griff bekommen, "mit Vernunft und Willensstärke", wie Lind sagt. Betroffene leiden jedoch nicht nur unter der Krankheit, sondern auch unter der damit einhergehenden Stigmatisierung. Betroffenen Eltern rät Hera Lind daher offen mit der Krankheit umzugehen - auch um Missverständnisse zu vermeiden. Denn Neurodermitis ist nicht ansteckend. "Man sollte sich nicht im Schneckenhaus verkriechen - lieber auf die anderen Mütter zugehen und ihnen die Sache erklären. Kinder lernen sehr schnell, einander mit allen Besonderheiten zu akzeptieren, solange man kein Tabu-Thema daraus macht", so Lind.

Hintergrund: Neurodermitis

Das Risiko, an Neurodermitis zu erkranken, wird durch verschiedene Faktoren bestimmt.

Wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass die Krankheit familiär gehäuft vorkommt. Vererbt wird die Neigung zu einer übermäßigen Abwehrreaktion des Immunsystems.

In mehr als der Hälfte der Fälle tritt Neurodermitis bei Kindern bereits im Säuglingsalter auf. Erstes Zeichen kann der sogenannte "Milchschorf" sein, eine Rötung und Schuppenbildung an der Kopfhaut und den Wangen des Säuglings. Später zeigt sich Neurodermitis vor allem als extreme Trockenheit der Haut an Arm- und Kniebeugen, Gesicht und Hals, die mit quälendem Juckreiz einhergeht.

Besonders Kindern fällt es schwer, die Haut an den trockenen Stellen nicht aufzukratzen. Geschieht

dies, sind weitere Entzündungen die Folge. Drei einfache Tricks schaffen erste Abhilfe:

- Ablenkung schaffen durch körperliche Aktivität bei Sport und Spiel oder durch entspannende Musik,
- Alternativen zum Kratzen einüben, etwa die juckende Hautpartie nur drücken und kneifen oder kalte Packungen auflegen,
- auf kurze und saubere Fingernägel achten, um Entzündungen vorzubeugen.

Präventionskampagne Haut zum bundesweiten Hauttag am 9. Mai Die Präventionskampagne Haut ist eine gemeinsame Aktion von gesetzlicher Kranken- und Unfallversicherung. Unter dem Motto "Deine Haut. Die wichtigsten 2m² Deines Lebens." werben rund 120 Krankenkassen und Unfallversicherungsträger gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern des öffentlichen Lebens dafür, das größte Organ des Menschen zu schützen. Dabei ist auch der Bundesverband der Deutschen Dermatologen (BVDD), der in Kooperation mit anderen Organisationen den bundesweiten Hauttag am 9. Mai initiiert. Inhaltliche Schwerpunkte an diesem Tag sind die Hautkrebsvorsorge sowie berufsbedingte Hauterkrankungen.

Weitere Informationen sowie ein Interview mit Hera Lind gibt es unter: www.2m2-haut.de .

Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) Alte Heerstraße 111

E-Mail: presse@hvb.de

Internet: <http://www.hvb.de>

Anmerkung Scherrmann:

Ich frage mich auch hier, wann die KinderärztInnen einfordern, auf Weichspueller gaenzlich zu verzichten, und nur duftstofffreie Wasch- Putzmittel und Kosmetika zu benutzen.

COPD zieht den gesamten Körper in Mitleidenschaft

Die chronisch-obstruktive Lungenerkrankung (COPD) wirkt sich nach neuen Studien nicht nur auf die Lunge, sondern auf den gesamten Körper aus. So kommt es zu Entzündungen etwa im Herz-Kreislaufsystem, in den Knochen und Muskeln.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=444569,5091,./medizin/atemwege>

Anmerkung Scherrmann:

Viele Kranke mit Chemikalienintoleranzen haben auch COPD und eben auch viele weitere Symptome wie die oben beschriebenen Entzündungen.

Es ist an der Zeit, dass sich die Medizin vermehrt

- mit Multiorganstoerungen bzw. -schaedigungen
- und der Rolle von Schadstoffen bei diesen Multiorganschaedigungen beschaeftigt.

27. 04.2007

Studie zu genetischen Ursachen von Krankheiten gestartet

Bonn - In Deutschland ist eine der weltweit größten Studien zu den genetischen Ursachen von Volkskrankheiten gestartet. Die Forscher wollen damit den genetischen Veränderungen auf den Grund gehen, die für insgesamt 25 Krankheiten wie extremes Übergewicht, Epilepsie, Parkinson, Alzheimer und Herzerkrankungen verantwortlich sind, wie das Nationale Genomforschungsnetz (NGFN) am Donnerstag in Bonn mitteilte. Dafür werden die genetischen Informationen von bis zu 25.000 Patienten und Kontrollpersonen [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=22121>

Hierzu siehe auch unter WISSENSCHAFT

=====

RADIOAKTIVITAET

Vom Internationaler Kongress "20 Jahre Leben mit Tschernobyl –Erfahrungen und Lehren für die

Zukunft"

14.-17. September 2006, Feldkirch, Vorarlberg, Österreich

Resolution

Der internationale Kongress „20 Jahre Leben mit Tschernobyl – Erfahrungen und Lehren für die Zukunft“ in Feldkirch erbrachte wesentliche Informationen zusätzlich zu den bisherigen offiziellen Darstellungen über Spätfolgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986. Dieser Kongress wurde im österreichischen Bundesland Vorarlberg veranstaltet, von dem zahlreiche Aktivitäten für eine nachhaltige Energienutzung ausgehen.

Naturwissenschaftler, Mediziner, Strahlenschutzfachleute und Vertreter von Hilfsorganisationen aus acht Ländern präsentierten in 44 Beiträgen die in den letzten zwanzig Jahren gewonnenen Forschungsergebnisse und Erfahrungen, die in vielen Fällen den verharmlosenden Verlautbarungen nationaler und internationaler Gremien widersprechen. Auch nach zwanzig Jahren sind für 82 % der Menschen in Weißrussland, das am stärksten von der Katastrophe betroffen ist, die Folgen von Tschernobyl ein das tägliche Leben dominierendes Thema. Hierzu gehören fortdauernde Belastungen der Landwirtschaft und lokaler Industrien mit anhaltendem Strahlenpegel und aufwändigen Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen.

Nach dem Unglück sind sämtliche Krebsarten und andere Gesundheitsstörungen, wie Hypothyreose, angeborene Fehlbildungen, Geburtenrückgang und im Kindesalter auftretende chronische Krankheiten gehäuft zu beobachten. Mit weiteren Anstiegen ist zu rechnen. Entgegen den Verlautbarungen der Strahlen- und Katastrophenschutzgremien sind nach den vorliegenden Tschernobyl-Daten nicht nur Kinder und junge Erwachsene, sondern auch ältere Menschen durch ein zunehmendes Schilddrüsenkrebsrisiko gefährdet.

Im Gegensatz zu offiziellen Stellungnahmen zeigten mehrere Beiträge, dass auch in ganz Europa gesundheitliche Schäden durch die Tschernobyl-Katastrophe nachweisbar sind. Zum Beispiel konnte ein Zusammenhang zwischen dem Down-Syndrom und radioaktiver Belastung festgestellt werden, womit auch für zukünftige Generationen zu rechnen ist, da die radioaktiven Stoffe noch langfristig wirken werden.

In Weißrussland mussten die zulässigen Grenzwerte für den Radionuklidgehalt von Lebensmitteln wie z.B. Milch und Kartoffeln abgesenkt werden, da der kumulative Effekt für Strahlenbelastung beim Menschen bisher nicht berücksichtigt worden war. Bei vielen Tierarten konnten strahlenbedingte Schädigungen des Genoms und der Fruchtbarkeit festgestellt werden.

Viele Beiträge auf dem Kongress zeigten, dass die offiziellen Angaben der IAEA und WHO in keiner Weise den tatsächlichen Zahlen der Opfer entsprechen und das Leid von unzähligen Menschen verharmlosen.

Die bisherigen Forschungsergebnisse zur Wirkung auf die Bevölkerung, die die Strahlenkatastrophe ertragen musste, reichen noch nicht aus. Es besteht die dringende Notwendigkeit, durch international intensiviertere Forschung zu einem sicheren Gesamtbild aller zu erwartenden Risiken der Kernenergienutzung zu kommen.

Diese neuen auf dem Kongress vorgestellten Informationen machen deutlich, dass die Atomkraft nach wie vor eine reale, unerträgliche Bedrohung darstellt und zunehmend durch erneuerbare Energien ersetzt werden muss.

Tschernobyl lehrt uns, dass Zukunft nicht in der Atomkraft, sondern in der meteorologischen, biogenen und technologischen Nutzung der Sonnenenergie liegt.

Feldkirch, den 17.9.2006 Vom Plenum ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung verabschiedet

<http://www.dvth.de/Veranstaltungen/ResolutionFeldkirch-End1.pdf> :

Berichte des Otto Hug Strahleninstituts Offizielles Organ der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.
Hochinteressante Download-Dokumente unter <http://www.oh-strahlen.org/>

RECHT - VERORDNUNGEN

Von Umweltdigital:

2.07 Chemikalien und Gefahrstoffe
91/414/EWG – RL **Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln**
Stand: 23. April 2007
www.UMWELTdigital.de/67470

07 Chemikalien und Gefahrstoffe
91/414/EWG – RL **Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln**
Stand: 10. April 2007
www.UMWELTdigital.de/67470

Europäische Union:
2.07 Chemikalien und Gefahrstoffe
2007/205/EG – Entscheidung (EG) über das Berichtsformat – Durchführung der Richtlinie 2004/42/EG
(**Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen**) *)
Stand: 22. März 2007
www.UMWELTdigital.de/266026

3 Bund:
3.01 Allgemeines Umweltrecht
StGB – **Strafgesetzbuch**
Stand: 22. März 2007
www.UMWELTdigital.de/263355

07 Chemikalien und Gefahrstoffe
PflSchV – **Pflanzenschutzmittelverordnung** *)
Stand: 12. März 2007
www.UMWELTdigital.de/4022
Die Einsichtnahme ist kostenpflichtig

TERMINE

Aktuelle Probleme in der Umweltmedizin 22. - 23. Juni 2007
Umweltmedizinische Tagung der Interdisziplinären Gesellschaft für Umweltmedizin e.V. (IGUMED)
anlässlich des Jubiläums „15 Jahre IGUMED“ in Künzell / bei Fulda Tagungsstätte Wiesenhaus, Loheland, 36093 Künzell

Workshop **„Schwächen und Stärken einzelner genetischer Untersuchungen in Bezug auf Suszeptibilität“**

Impuls-Referat: Dr. rer. nat. Eckart Schnakenberg

Workshop **„Nanotechnologie aus umweltmedizinischer Sicht“** Impuls-Referat: Barbara Dohmen

Workshop **„Krank durch Schimmel“** Impulsreferat: Dr. med. Frank Bartram

Mehr ueber Scherrmann@safer-world.org

TV

Das Erste | Mittwoch, 16.05.07 | 23:15 Uhr

Die Betreuungsfälle. Wenn der Helfer zum Feind wird. Film von Dörte Schipper und Gregor Petersen
<http://programm.daserste.de/detail1.asp?id=X000352113&sdatlo=16.05.07&sender=1&dpointer=33&anzahl=42&ziel=33>

WISSENSCHAFT - NEUE TECHNOLOGIE

Environmental Biology and Human Disease

David Schwartz* and Francis Collins

Better environmental biosensors are needed to study gene-environment interactions associated with disease.

Science 4 May 2007: Vol. 316. no. 5825, pp. 695 - 696 DOI: 10.1126/science.1141331

<http://www.sciencemag.org/cgi/content/summary/316/5825/695?maxtoshow=&HITS=10&hits=10&RESULTFORMAT=&fulltext=Environmental+Biology+and&searchid=1&FIRSTINDEX=0&resourcetype=HWCIT>

Anmerkung Scherrmann:

Es ist meines Erachtens hochinteressant und ein wichtiger Schritt, dass die beiden Wissenschaftszweige, Gen- und Umweltwissenschaften verknuepft werden und auch, dass im SCIENCE-Magazine ein (zweiseitiger) Artikel darueber publiziert wurde.

Ich artikuliere seit vielen Jahren, dass dies notwendig ist, um mehr zu wissen ueber Krankheitsentstehung und Krankheitsentwicklung, individuelle Suszibilitaet und moegliche Therapiemoeglichkeiten.

Trotzdem habe ich beim Lesen dieses Artikels ein ziemlich zwiespaeltiges Gefuehl, weil als Zielvorstellung nicht Praevention sondern eine neue, moeglicherweise auesserst lukrative Technologie steht.

Ich denke, es ist unabdingbar - wie bei jeder neuen Technologie - sich darueber Gedanken zu machen und offen zu diskutieren, welches Missbrauchspotential solch eine Technologie birgt, hier z. B. moegliche Selektionsmechanismen durch genetische Disposition.

Sie koennen den Artikel (zu privaten Zwecken) ueber Scherrmann@safer-world.org erhalten.

ZEITSCHRIFTEN

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

April Ausgabe von Strahlentelex. . Nr.486-487, 21.Jahrgang, 5. April 2007

Inhalt u.a.:

Leukämiehäufung in der Elbmarsch: Ein selbst gemachtes Rätsel

Am 11. und 12. April 2007 sollen im niedersächsischen Landtag in Hannover Expertinnen und Experten nach den Ursachen für das bis heute anhaltend höchste Leukämierisiko südöstlich von Hamburg befragt werden. Eine Rückschau von Wolf Wetzel.

Fünffach höheres Krebsrisiko beobachtet, als von der ICRP geschätzt

Krebserkrankungen und Säuglingssterblichkeit nehmen auch mit der Höhe der natürlichen Hintergrundstrahlung zu. Dabei beobachteten Dr. Alfred Körblein und Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann in Bayern ein fünffach höheres Krebsrisiko, als von der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) geschätzt. Neue Freigabewerte und Vereinfachungen des Strahlenschutzes geplant
Änderungen der Strahlenschutz- und der Röntgenverordnung mit neuen Freigabewerten und Vereinfachungen des Strahlenschutzes hat das Bundesumweltministerium vorbereitet. Am 25. Mai 2007 will es dazu in Bonn die Länder und Verbände anhören.

Der Entwurf der „Ersten Verordnung zur Änderung strahlenschutzrechtlicher Verordnungen“ einschließlich Begründung, synoptischer Gegenüberstellung von aktueller und künftiger Fassung sowie das Hintergrundpapier des BMU sind im Internet auf der Homepage des BMU unter www.bmu.de/strahlenschutz/downloads/doc/39098.php abrufbar.

Blendwerk EU-Verfassung

Von Dietrich Antelmann

Die Bevölkerung von Frankreich und den Niederlanden hat den Verfassungsentwurf der Europäischen Union (EU) abgelehnt. Nach demokratischen Grundsätzen müsste die Verfassung nun unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger neu erarbeitet werden. Doch die Ablehnung wird lediglich als Vermittlungsproblem gesehen und das soll mit einem „Plan D“ behoben werden: Er wird von der

„Deutschen Gesellschaft e.V.“ (www.deutsche-gesellschaft-ev.de) ausgeführt, mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission, in Kooperation mit dem Informationsnetzwerk Europe Direct, dem Deutschlandfunk und dem Medienkonzern Bertelsmann. Die Auftaktveranstaltung fand am 7. Februar 2007 unter dem Motto „Unsere Botschaft an Europa“ im Loft der Urania in Berlin statt. Der Diplom-Kameralist Dietrich Antelmann hat an der Veranstaltung teilgenommen: „Sensibilisiert durch meine Kindheitserinnerungen im Zweiten Weltkrieg ist mir auf der Werbeveranstaltung zur Wiederbelebung der EU-Verfassung in aller Deutlichkeit klar geworden, daß das militärisch erstarkte Deutschland mit Hilfe der EU wieder Großmachtpläne verfolgt.“ Das läßt ihm keine Ruhe und er möchte sich einmischen. Viel sei gesprochen worden von der „Seele Europas“ und einem demokratischen, friedlichen und wohlhabenden Europa. Doch eine über Vorwort und Zielformulierung hinausgehende Analyse des Verfassungstextes zeige etwas anderes.

Atompolitik:

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen förderte von Anfang an die Weiterverbreitung von Atomwaffen-Technologie

Vor 40 Jahren hat das sogenannte Nth Country Experiment bewiesen, daß zwei junge Physiker ohne spezielle Vorkenntnisse auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Literatur in weniger als drei Jahren einen funktionstüchtigen Atomsprengsatz entwickeln können. Es gibt keinen Zweifel, daß in Zeiten weit verbreiteter Computer- und Internettechnologie eine kleine Gruppe motivierter und begabter Wissenschaftler einen Atomsprengkörper innerhalb weniger Wochen entwickeln könnte. Darauf macht der in Paris lebende deutsch-französische Energie- und Atompolitikexperte Mycle Schneider in einer Studie für die Grünen im Europaparlament aufmerksam, die am 21. März 2007 in Brüssel vorgestellt wurde.

ElektromogReport - elektromagnetische Felder

Forschung und Hochfrequenz:

Zelltod durch GSM- und DCS-Mobilfunkstrahlung

In Labortests mit der Fruchtfliege *Drosophila melanogaster*, einem seit langem gern genutzten Forschungsobjekt, wurden Schäden in verschiedenen Stadien der Ei-Entwicklung festgestellt, wenn die Eier mit Mobilfunkfrequenzen von 900 und 1800 MHz bestrahlt wurden. Vor allem empfindliche Phasen am Anfang und in der Mitte der Entwicklung sind besonders anfällig. (D.J. Panagopoulos et al., 2007)

Magnetfeldwirkung auf Proteine:

Magnetfelder verändern die Kollagenstruktur der Haut

Die in der Medizin eingesetzte Kernspintomografie wurde hier für Experimente verwendet, um mögliche Wirkungen auf Zellebene bei Hautfibroblasten herauszufinden. Die angewandten Magnetfelder bewirken verschiedene Veränderungen bei bestimmten Proteinen, den Kollagenen, vor allem in der Löslichkeit, was die Funktion der Struktur- und Regulationsproteine in Hautzellen und der umgebenden Substanzen (der extrazellulären Matrix) beeinflusst. (I. Digel et al., 2007)

Mobilfunk-Forschung:

Keine Forschung zur Handy-Nutzung in Deutschland

Die im Rahmen des Deutschen Mobilfunkprogramms (DMF) ausgeschriebene vorgesehene Forschungsarbeit zum Nutzungsverhalten der Deutschen beim Telefonieren mit dem Handy soll nun nicht durchgeführt werden. Das gab das Bundesamt für Strahlenschutz Ende Februar bekannt. Das Vorhaben sei zu aufwändig und zu teuer.

Bestrahlte Bienen verfliegen sich öfter ...

Ärzte fürchten Einschränkungen beim Einsatz von Magnetresonanzgeräten ...

Mehr Infos, Registersuche, kostenloses Probeexemplar und/oder Abonnement ueber

www.strahlentelex.de

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

09.05.2007

Linke verlangt Auskunft über Uranhexafluoridtransporte

Umwelt/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MVF) Der Abtransport von abgereichertem Uranhexafluorid, das bei der Urananreicherung als Reststoff anfällt, und seine rechtliche Grundlage interessiert die Linksfraktion in einer Kleinen Anfrage (16/5174 <http://dip.bundestag.de/btd/16/051/1605174.pdf>) an die Bundesregierung. Ausgangspunkt ist die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau. Von dort werde abgereichertes Uranhexafluorid in die Russische Föderation transportiert, wobei unklar sei, was dort mit dem Material geschehe. Die Abgeordneten stellen sich die Frage, "ob hier lediglich eine teure Atommüllentsorgung umgangen wird", wie die Umweltorganisation Ecodefense behauptete. Die Bundesregierung soll sagen, ob sie die Einschätzung des Bundesamtes für Strahlenschutz teilt, wonach der Transport von Uranhexafluorid nicht genehmigungspflichtig sei. Weiterhin wollen die Abgeordneten unter anderem wissen, auf welcher vertraglichen Grundlage der Abtransport nach Russland beruht und welche Erkenntnisse die Bundesregierung über den dortigen Lagerungsort besitzt. http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_123/07.html

*

17.04: Im Bundestag notiert:
Gesundheit/Antwort

Stand der umweltmedizinischen Versorgung

Berlin: (hib/MPI) In Deutschland gibt es laut Bundesregierung gut 4.000 umweltmedizinisch qualifizierte Ärzte. In ihrer Antwort (16/4848 http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_100/11.html) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (16/4657 <http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604657.pdf>) schreibt die Regierung, bundesweit hätten 212 Ärzte die Fachqualifikation "Hygiene und Umweltmedizin", einer von ihnen sei für die Behandlung gesetzlich versicherter Patienten zugelassen. Zudem gebe es 3.890 Ärzte mit einer umweltmedizinischen Zusatzqualifikation. Von diesen hätten 1.831 eine Kassenzulassung. Der Anteil der umweltmedizinisch ausgebildeten Hausärzte beträgt den Angaben zufolge 1,2 Prozent. Es gebe rund 50 umweltmedizinische Beratungsstellen und Ambulanzen, heißt es weiter. http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_075/15.html

*

16.04.2007 Holzverbrennung verursacht 13 Prozent der Feinstaubimmissionen

Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/VOM) Die privaten und gewerblichen Holzverbrennungen tragen zu etwa 13 Prozent zu den Feinstaubemissionen in Deutschland bei. Sie liegen damit etwa gleich hoch wie die motorbedingten Emissionen des Straßenverkehrs, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/4811 <http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604811.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/4638 <http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604638.pdf>). Aus Holzfeuerungsanlagen seien im Jahr 2005 etwa 24 Kilotonnen Feinstaub ausgestoßen worden, davon etwa 22 Kilotonnen aus privaten und zwei Kilotonnen aus gewerblichen Anlagen. Die motorbedingten Emissionen des Straßenverkehrs, also vorwiegend Dieselruß, hätten sich im gleichen Zeitraum auf etwa 20,8 Kilotonnen belaufen. Hinzu gekommen seien 12,5 Kilotonnen an Reifen- und Bremsabrieb sowie 7,2 Kilotonnen an Straßenabrieb. Die regionalen Schwerpunkte der Emissionen lagen der Regierung zufolge sowohl beim Straßenverkehr als auch bei den Holzfeuerungsanlagen innerhalb von Siedlungsgebieten. Da diese Emissionen in der Regel in relativ niedriger Höhe aufträten, müsse ihre umwelt- und gesundheitspolitische Bedeutung hoch eingestuft werden, schreibt die Regierung.

In Deutschland gibt es der Antwort zufolge derzeit etwa 30 Millionen Kleinfeuerungsanlagen, von denen etwa die Hälfte mit festen Brennstoffen befeuert werden. Die geplante Änderung der ersten Bundesimmissionsschutzverordnung soll dazu führen, heißt es weiter, dass Öl- und Gasfeuerungen nicht mehr so häufig überwacht werden müssen. Dadurch würden die Haushalte finanziell entlastet. Demgegenüber sollen Festbrennstofffeuerungen verstärkt überwacht werden. Gefordert werde ein Austausch der emissionsträchtigen Altanlagen. Nach Schätzungen des Umweltbundesamtes würden die Feinstaubemissionen aus kleinen Holzfeuerungen bis zum Jahr 2015 noch auf etwa 26 bis 27 Kilotonnen pro Jahr ansteigen und danach wieder sehr langsam zurückgehen. Dem lägen die Annahmen zugrunde, dass der längerfristige Trend zum verstärkten Einsatz von Holz anhält und sich bis 2020 gegenüber 2005 um etwa 40 Prozent erhöht und dass jährlich etwa drei Prozent der kleinen Holzfeuerungen ausgetauscht werden. Den Anteil der Feinstaubemissionen aus Holzpelletfeuerungen nennt die Regierung gering. Diese Anlagen verzeichneten aber hohe Wachstumsraten, sodass in den nächsten Jahren mit deutlich höheren Emissionen zu rechnen sei.

http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_099/11.html

*

28.03.2007 **Nichtraucherschutz weiter stärken**

Petitionsausschuss

Berlin: (hib/MIK) Für eine weitere Stärkung des Nichtraucherschutzes hat sich der Petitionsausschuss eingesetzt. Deshalb beschloss er am Mittwochvormittag einstimmig, die zugrunde liegende Petition der Bundesregierung "als Material" zu überweisen, den Fraktionen des Deutschen Bundestages "zur Kenntnis" zu geben und den Landesvolksvertretungen zuzuleiten. In der Eingabe wird ein allgemeines Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Gebäuden, Räumen und Arbeitsstätten gefordert. Dort gebe es keinen ausreichenden Schutz für Nichtraucher. Die überwiegend nicht rauchende Bevölkerung sollte vor den krankmachenden Stoffen des blauen Dunstes geschützt werden, weil nicht nur das aktive, sondern auch das passive Rauchen die Gesundheit schwer beeinträchtigen könne. Die vom Ausschuss eingeleitete parlamentarische Untersuchung ergab, dass der Bund keine umfassende Gesetzgebungskompetenz für den Nichtraucherschutz besitzt. So gebe in Deutschland bereits seit Jahren ein vielfältig abgestuftes System unterschiedlicher Regelungen bei Bund, Ländern und Kommunen. Zudem sei durch die Föderalismusreform die Zuständigkeit der Länder ausgeweitet worden, die nun für das Gaststättenrecht zuständig seien. Die fehlende Zuständigkeit des Bundes halten die Abgeordneten für "unbefriedigend". Neben der Gaststättenverordnung gebe es weitere Regelwerke, die ein Schutz der Nichtraucher im Rahmen einer Bundeszuständigkeit ermöglichen könnten. Dies gelte zum Beispiel für die Arbeitsstättenverordnung. Aus Sicht des Ausschusses bestehen Zweifel, ob Nichtraucherschutzregelungen auf der Grundlage von unterschiedlichem Landesrecht der Problematik gerecht werden können. Schließlich sei die Gesundheitsbelastung für Passivraucher in allen Ländern gleich. http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_082/02.html

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

04/2007, 09.05.2007

Weniger Versuchstiere bei gleicher Sicherheit für den Verbraucher!

BfR setzt sich für ein verkürztes Testverfahren zur Prüfung reproduktionstoxischer Wirkungen von Chemikalien ein

Am 1. Juli 2007 tritt die neue europäische Chemikaliengesetzgebung REACH in Kraft. Ziel des Gesetzes ist es, die großen Wissenslücken bei der gesundheitlichen Bewertung von rund 30.000 so genannten chemischen Altstoffen zu schließen. Brisant dabei: Die Umsetzung von REACH wird zu einem Anstieg der Tierversuche führen. Darauf hat das BfR bereits 2004 erfolgreich hingewiesen und gleichzeitig Vorschläge unterbreitet, wie Tierversuche durch alternative Prüfmethode ersetzt werden könnten (BfR Presseinformation 09/2004): In der neuen REACH-Verordnung ist nun ausdrücklich vorgeschrieben, Tierversuche wo immer möglich durch moderne tierversuchsfreie Prüfmethode zu ersetzen. Wo dies nicht möglich ist, muss die Zahl der Versuchstiere auf ein Mindestmaß reduziert werden. Auf einen ähnlichen Erfolg hofft das BfR im Bereich der Reproduktionstoxikologie. Um im Rahmen von REACH die Giftigkeit von Stoffen auf die Fortpflanzung zu prüfen, müssen derzeit für jeden Test noch rund 3000 Tiere eingesetzt werden. Das könnte sich bald ändern und das Leben von Millionen von Tieren retten: Das BfR hat gemeinsam mit anderen Institutionen auf internationaler Ebene die Initiative zur Änderung einer OECD-Richtlinie ergriffen, durch die sich die Zahl der eingesetzten Tiere reduzieren und die wissenschaftliche Aussage verbessern ließe. „Mit dieser Maßnahme könnte die Umsetzung von REACH ohne einen Verlust an Sicherheit für den Verbraucher vereinfacht und überdies ein großer Beitrag zum Schutz der Versuchstiere geleistet werden“, sagt der Präsident des BfR, Professor Dr. Dr. Andreas Hensel.

Nach Schätzungen der EU-Kommission werden rund 70 Prozent aller Versuchstiere bei der Testung von Chemikalien auf reproduktionstoxische Wirkungen eingesetzt. Hier fallen auch rund 70 Prozent der Kosten an - insbesondere für die Prüfung von Stoffen auf Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit bzw. Fortpflanzungsfähigkeit. Der Grund: REACH schreibt für Chemikalien, die in Mengen von über 1000 Tonnen produziert werden, als Standardanforderung einen 2-Generationentest an der Ratte vor (OECD-Prüfrichtlinie 416). Für einen solchen Test werden derzeit pro geprüfter Substanz rund 3.000 Tiere benötigt.

Das BfR setzt sich für ein abgestuftes Vorgehen mit geringerer Tierzahl ein. Nach Meinung des BfR und anderer international führender Institutionen könnte der Basistest auf eine Generation beschränkt

werden. Es zeichnet sich nämlich ab, dass die Untersuchung von nur einer Generation kaum zu einem Verlust an bewertungsrelevanten Informationen führt. Um aber einen 1-Generationentest (OECD-Richtlinie 415) im Rahmen von REACH einsetzen zu können, müssen zunächst die entsprechenden OECD-Prüfrichtlinien aktualisiert werden. Vorarbeiten für den Einsatz eines solchen Tests in einem Stufenprogramm für die Prüfung von Pflanzenschutzmitteln wurden durch das International Life Science Institute/Health and Environmental Sciences Institute, USA, geleistet.

Das BfR hatte einen Vorschlag für einen verbesserten 1-Generationen-test bei der OECD eingereicht. Dieser Vorschlag wird auch von der amerikanischen Umweltbehörde EPA (Environmental Protection Agency) unterstützt. Ist die Arbeit erfolgreich, könnte der aktualisierte Basistest bereits im Jahre 2009 im Rahmen von REACH eingesetzt werden. Je geprüfter Substanz ließen sich damit rund 1400 Versuchstiere einsparen. Bei geschätzten 2000 Stoffen, die innerhalb der nächsten drei Jahre bei der Chemikalienbewertung geprüft werden, würde sich die Zahl der eingesetzten Versuchstiere damit um 2,8 Millionen reduzieren.

Pressedienste

-Neues EU-Chemikalienrecht: Tierschutz und Verbraucherschutz sind vereinbar! (09/2004, 10.08.2004)

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Dessau, den 09.05.2007

Auch beim (Ab-)Waschen gilt: Weniger ist mehr! Aktionstag „Nachhaltiges (Ab-)Waschen“: Umweltbundesamt (UBA) gibt Tipps

Etwa 1,3 Millionen Tonnen Wasch- und Reinigungsmittel verbrauchen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland pro Jahr. Durchschnittlich gelangen dadurch rund 600.000 Tonnen Waschmittel, rund 200.000 Tonnen Weichspüler und rund 500.000 Tonnen Reinigungs- und Pflegemittel in das Abwasser und können so die Umwelt belasten. Zusätzlich können die in ihnen enthaltenen Stoffe - etwa Duftstoffe oder antimikrobielle Substanzen - bei sensiblen Menschen Allergien auslösen. Daher ist es wichtig, Wasch- und Reinigungsmittel umweltgerecht und sparsam zu verwenden. Anlässlich des bundesweiten Aktionstages „Nachhaltiges (Ab-)Waschen“ am 10. Mai 2007 sagt UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge: „Der schonende Einsatz der Wasch-, Spül- und Reinigungsmittel spart Energie, Wasser und Chemikalien. Dies entlastet die Umwelt und zusätzlich den Geldbeutel: Die Ausgaben für Strom, Wasser und Abwasser lassen sich merklich senken.“

Wer die Umwelt schonen und gleichzeitig Geld sparen möchte, sollte folgende, einfache Hinweise berücksichtigen:

1. Die meisten Reinigungsarbeiten im Haushalt lassen sich mit Geschirrspülmittel, Allzweckreiniger, einem flüssigen Scheuermittel und einem sauren Reiniger auf Essig- oder Zitronensäure-Basis bewältigen.
2. Desinfektionsmittel oder so genannte antibakterielle Reinigungsmittel sind für die normale Haushaltsreinigung - auch im Bad - grundsätzlich nicht erforderlich.
3. Wesentlich für die Entlastung der Umwelt ist der sparsame Gebrauch der Reinigungsmittel. Daher: immer die Dosierempfehlung der Hersteller beachten!
4. Mikrofaser-Tücher und Bürsten können helfen, Chemikalien einzusparen.
5. Regelmäßiges Lüften hilft, den Einsatz von Duftstoffen zu reduzieren.

Auch beim Geschirrspülen und Wäschewaschen zahlt sich Sparsamkeit für die Umwelt und die Haushaltskasse aus. Für Geschirrspül- und Waschmaschinen gilt daher: Beim Neukauf auf sparsame Modelle achten und die Maschinen nur voll beladen benutzen.

Informationen zum Bundesweiten Aktionstag gibt es unter www.aktionstag-nachhaltiges-waschen.de. Weitere Fragen zu Wasch- und Reinigungsmitteln beantwortet das Umweltbundesamt, Email: detergenzien@uba.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

Anmerkung Scherrmann:

Es ist interessant, hier mal eine kleine Statistik zu haben, u. a. dass immer noch 200 000 Tonnen Weichspueler verbraucht werden.

Die Formulierung "koennen belasten" ist bezeichnend fuer die Fachsprache, "belasten" entspraechen eher den Tatsachen.

Und - wie ueblich - werden auch in dieser Pressemitteilung die gesundheitlichen Schaedigungen durch Duftstoffe auf Allergien reduziert.

Ich frage mich zudem:

Was bringt insgesamt so eine Empfehlung, wenn nicht eindeutig auf die Toxizitaet von Substanzen in Wasch- und Reinigungsmitteln hingewiesen wird und eben auch gewisse Substanzen verboten werden.

D. h.: Wann werden die schon vorhandenen Erkenntnisse ueber cancerogene, gentoxische, nerven-, leber-, nieren-, lungen- ,.....schaedigende Wirkungen von Duftstoffen wahrgenommen, weitere Forschungen initiiert und gesetzliche Regelungen getroffen? Vielleicht dauert dies - wie z. B. bei Asbest - noch 80 Jahre?

Dessau, den 30.3.2007

Kohlendioxidausstoß 2006 leicht gestiegen

Umweltbundesamt (UBA) legt erste Zahlen für Deutschland vor

Der Gesamtausstoß des Klimagases Kohlendioxid (CO₂) ist in Deutschland im Jahr 2006 gegenüber 2005 um 0,6 Prozent gestiegen. Insgesamt lag der CO₂-Ausstoß in 2006 bei 878 Millionen Tonnen. Das sind 5,1 Millionen Tonnen CO₂ mehr als im Vorjahr. Ein Grund ist das im Jahr 2006 um 2,5 Prozent erhöhte Wirtschaftswachstum. Die verstärkte Nutzung Klima schonender, erneuerbarer Energieträger – wie Windkraft, Wasserkraft und Biomasse – konnte den konjunkturbedingten Anstieg der CO₂-Emissionen allerdings um etwa 11 Millionen Tonnen CO₂ bremsen. Deutlich erhöht haben sich jedoch die Emissionen aus Industrieprozessen. Im vergangenen Jahr gab es ein Plus von 4,2 Millionen Tonnen, das sind 5,4 Prozent mehr als 2005. Die so genannten energiebedingten CO₂-Emissionen – also die Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger – erhöhten sich unwesentlich. Sie gingen um etwa eine Million Tonnen nach oben: Das sind 0,1 Prozent mehr als 2005. UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge sagte: „Der europaweite Wirtschaftsaufschwung wird den Kohlendioxidausstoß weiter erhöhen. Wir müssen daher beim Klimaschutz zulegen.“

Die energiebedingten CO₂-Emissionen entstehen in stationären und mobilen Verbrennungsprozessen in der Wirtschaft und in Privathaushalten – dies reicht von der Großfeuerungsanlage zur Stromerzeugung über die Raumwärmeerzeugung für private Haushalte bis zur Verbrennung in den Motoren der Pkw und Lkw. Änderungen im Brennstoffmix zur Stromerzeugung erhöhten in der Gesamtbilanzierung die CO₂-Emission um 0,1 Prozent.

Bei den Emissionen aus Industrieprozessen wirkte sich das eingetretene Wirtschaftswachstum deutlich aus: In allen, für die CO₂-Emissionen relevanten Industriebranchen – etwa der Metall erzeugenden Industrie oder der chemischen Industrie –, stiegen die Produktionsmengen teilweise stark an und damit der CO₂-Ausstoß.

Hervorzuheben ist, dass gegenüber 2005 der Einsatz der erneuerbaren Energieträger – vor allem Biomasse und Windenergie – 2006 um 13,5 Prozent stieg. Nach ersten Berechnungen vermied dieser Zuwachs etwa 11 Millionen Tonnen CO₂.

Diese ersten Berechnungen des UBA basieren auf Angaben der Veröffentlichungen zum „Primärenergieverbrauch 2006“ der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen sowie zum „Bruttoinlandsprodukt 2006 für Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes. Das UBA ermittelte die Emissionen mit Hilfe vereinfachter Berechnungsverfahren. Ergebnisse des Emissionshandels liegen für 2006 noch nicht vor und sind in die Berechnungen nicht eingeflossen. Verbesserte Aussagen – auch mit Angaben zu den verschiedenen Emittentengruppen – sind voraussichtlich erst nach der Veröffentlichung detaillierter Angaben zum Energieverbrauch Mitte dieses Jahres möglich.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/pd07-016-grafik.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/108

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert.

Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.
Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe
newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an
info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann
Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,
phone: (+ 49) 7352 940529
email: Scherrmann@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhaengiges internationales Internet-Informations-Netzwerk fuer
eine gesuendere Umwelt